Straffe Geldpolitik: Fed erhöht erneut die Zinsen

Washington – Angesichts der hohen Inflationsrate erhöht die US-Notenbank in einem außergewöhnlichen Schritt ihren Leitzins zum zweiten Mal in Folge um 0,75 Prozentpunkte. Damit liegt er nun in der Spanne von 2,25 bis 2,5 Prozent, wie die Federal Reserve (Fed) gestern Abend mitteilte. Mit dieser Maßnahme will die Notenbank der größten Volkswirtschaft der Welt die hohen Verbraucherpreise in den Griff bekommen. Der Schritt war zwar erwartet worden, ist aber dennoch bemerkenswert. Die Fed geht im Kampf gegen die grassierende Inflation in einem Tempo voran wie seit Jahrzehnten nicht mehr.

Jerome Powell, Chef der US-Notenbank Fed

Für die Zentralbanker ist die straffe Geldpolitik nicht ohne Risiko – sie müssen aufpassen, dass sie das Wirtschaftswachstum nicht zu sehr ausbremsen. Der erneut ungewöhnlich große Zinsschritt schürt die Angst vor einer Rezession. „Ich glaube nicht, dass sich die USA derzeit in einer Rezession befinden“, betonte Fed-Chef Jerome Powell in einer Pressekonferenz. „Und der Grund dafür ist, dass es einfach zu viele Bereiche der Wirtschaft gibt, die sich zu gut entwickeln.“ Powell stellte aber weitere Erhöhungen in Aussicht. Dabei schloss er auch einen noch größeren Zinsschritt nicht aus, wenn dies „angemessen“ sei.

Erst im Juni hatte die Fed den Leitzins um 0,75 Prozentpunkte angehoben. Es war der größte Zinsschritt seit 1994. Gewöhnlich zieht es die Fed vor, ihn in Schritten von 0,25 Prozentpunkten anzuheben. Insgesamt ist es die vierte Erhöhung in diesem Jahr und seit dem Beginn der Corona-Pandemie. Der Druck auf die Notenbank ist groß: Die Teuerungsrate in den USA ist mit 9,1 Prozent so hoch wie seit rund vier Jahrzehnten nicht mehr.

Erhöhungen des Leitzinses durch die Notenbank verteuern Kredite und bremsen die Nachfrage. Das hilft dabei, die Inflationsrate zu senken, schwächt aber auch das Wirtschaftswachstum. Das dürfte auch eine höhere Arbeitslosenquote zur Folge haben. Diese liegt mit 3,6 Prozent aktuell in den USA auf sehr niedrigem Niveau: Nach Angaben des Arbeitsministeriums waren im Juni etwa 5,9 Millionen Menschen ohne Job. Vor Ausbruch der Corona-Pandemie im Februar 2020 waren es 5,7 Millionen.

Rekordinflation: Was Anleger jetzt tun sollten

Die anhaltend hohe Teuerungsrate zehrt die Kaufkraft des Geldes auf. Sparer sollten die Inflation bei ihrer Geldanlage berücksichtigen.

VON GERD HÜBNER

München – Man muss schon weit zurückgehen, um vergleichbar hohe Inflationsraten zu finden, wie wir sie aktuell haben. Hierzulande lag sie im Mai bei 7,9 Prozent, im Euroraum waren es rund 8,1 Prozent und in den USA zuletzt sogar 9,1 Prozent. Das sind die höchsten Werte seit mehr als 40 Jahren.

Der Höhepunkt der Globalisierung liegt nach Expertenansicht hinter uns. Das verteuert Waren und Dienstleistungen – das Ersparte ist in Zukunft real damit weniger Wert. FOTO: OLE SPATA, DPA

Hohe Nachfrage und Krieg in der Ukraine

Die Gründe dafür sind vielfältig. „Zunächst einmal traf eine starke Nachfrage der Verbraucher nach dem Ende der Lockdowns auf ein Angebot, das bedingt durch Lieferkettenprobleme knapp war“, erklärt Burkhard Wagner von der Partners Vermögensmanagement AG. „Dazu kam der Krieg in der Ukraine, der insbesondere die Energie- und Nahrungsmittelpreise befeuerte.“ Die gute Nachricht ist zwar, dass die Inflationsrate voraussichtlich nicht auf diesem hohen Niveau verharren wird.

„Üblicherweise verlaufen Inflationsphasen nicht linear, sondern in Zyklen“, erklärt Markus Steinbeis von der Steinbeis & Häcker Vermögensverwaltung. „Wir gehen aber davon aus, dass wir in diesem Jahrzehnt im Durchschnitt eine höhere Teuerungsrate sehen werden als in den vergangenen Dekaden.“ Den wichtigsten Grund dafür sieht er in einer strukturellen Veränderung. „Und diese besteht darin, dass wir den Höhepunkt der Globalisierung hinter uns gelassen haben und die Unternehmen ihre Lieferketten wieder lokaler gestalten“, so Steinbeis. „Das bedeutet, dass die Produktion kostspieliger wird und die Preise steigen.“ Für 2023 zum Beispiel erwartet Burkhard Wagner eine Inflationsrate in Höhe von vier bis fünf Prozent.

Zinsanlagen verlieren massiv an Kaufkraft

Und das sollten Sparer und Anleger berücksichtigen. „Denn damit wird der reale Zins, also der Nominalzins abzüglich der Inflationsrate, in einem Umfeld höherer Inflation noch stärker negativ als er ohnehin schon war“, erläutert er. „Und Zinsanlagen wie Sparbücher oder Bankeinlagen verlieren so massiv an Kaufkraft.“ Wie viel, zeigt ein Beispiel.

Angenommen, die durchschnittliche Inflationsrate liegt in den kommenden zehn Jahren im Schnitt bei drei Prozent, was deutlich unter dem aktuellen Niveau wäre, dann haben 10 000 Euro, die unverzinst angelegt sind, danach nur noch einen realen Wert von knapp 7500 Euro. In zehn Jahren kann man sich somit, in heutigen Preisen gerechnet, nur noch Dienstleistungen oder Waren im Gegenwert von 7500 Euro kaufen – ein Minus von rund 25 Prozent. Und selbst wenn die Zinsen auf Sparguthaben steigen, ist in nächster Zeit nicht davon auszugehen, dass sie einen Ausgleich für die Inflation bringen. „Das liegt auch daran, dass die Notenbanken die Zinsen angesichts der immensen Verschuldung in der Welt gar nicht so stark erhöhen können, wie es vielleicht notwendig wäre“, erklärt Steinbeis. Mit nennenswerten Sparbuchzinsen ist deshalb nicht zu rechnen.

Experten-Tipp: Auf Sachwerte setzen

Jedoch liegen nach Berechnungen der DZ Bank derzeit knapp 40 Prozent des liquiden Vermögens der deutschen Haushalte und damit 3,17 Billionen Euro in Bankeinlagen und Bargeld. „Ich kann nur jedem empfehlen, stärker auf Sachwerte wie Aktien, Immobilien, Edelmetalle oder Rohstoffe zu setzen, da sich in der Vergangenheit immer wieder zeigte, dass sie einen besseren Schutz gegen Kaufkraftschwund bieten als Festgeld oder Rentenpapiere“, erklärt Wagner.

Wie gut sich die einzelnen Anlageklassen in einem inflationären Umfeld entwickeln, hat die Privatbank MM Warburg jüngst untersucht. Bei Inflationsraten von über fünf Prozent bieten demnach Gold und Rohstoffe die beste Absicherung. Dagegen eignen sich bei einer moderaten Inflation zwischen zwei und fünf Prozent am besten Aktien und festverzinsliche Wertpapiere, wobei die meisten Experten hier inflationsindexierte Anleihen und variabel verzinste Papiere empfehlen.

Doch auch bei Aktien sollten Anleger genau hinsehen. „Im aktuellen Umfeld, in dem auch eine Rezession droht, werden die Aktienkurse weiter stark schwanken“, macht Wagner klar. „Als langfristig orientierter Anleger würde ich deshalb Unternehmen mit sehr guter Bilanz, einem robusten und zukunftsfähigen Geschäftsmodell und mit Wettbewerbsvorteilen bevorzugen.“ Und wer dort noch nicht investiert ist, könnte die derzeit niedrigeren Kurse als Einstiegschance nutzen. „Es ist sicherlich derzeit ein guter Zeitpunkt, um mit Aktieninvestments – zum Beispiel über einen Sparplan – zu beginnen“, sagt Steinbeis.

Schwierige Situation am Immobilienmarkt

Schwieriger stellt sich die Situation am Immobilienmarkt dar. „Hier droht der jahrelange Boom bei Wohnimmobilien zu Ende zu gehen“, warnt Wagner. So sind die Bauzinsen für ein zehnjähriges Darlehn seit Jahresbeginn von einem Prozent auf über drei Prozent gestiegen und damit auf den höchsten Wert seit zehn Jahren. „Zudem ist die Stimmung in der Branche aufgrund der stark steigenden Kosten für Baumaterial und aufgrund von Lieferengpässe eingetrübt“, so der Experte weiter. In einigen Regionen seien wegen ausbleibender Nachfrage bereits Preisrückgänge zu beobachten. „Über den Kauf oder den Bau einer Immobilie sollten Anleger aktuell deshalb nur für den Eigenbedarf nachdenken“, so Steinbeis.

Klar ist aber auch, dass niemand eine Glaskugel hat. Wie sich Inflation und Wirtschaft in nächster Zeit weiterentwickeln, ist offen. „Entscheidend ist deshalb, dass man über ein gut diversifiziertes Portfolio verfügt, das Aktien, Gold und inflationsindexierte oder variabel verzinste Anleihen enthält“, fasst Wagner zusammen. „Damit sollten Anleger für die verschiedenen möglichen Szenarien gut aufgestellt sein.“

„Aufsichtsrat ohne Kompass“

Fonds und Aktionärsvertreter kritisieren Hin und Her bei der Ablösung des VW-Chefs

Wolfsburg/Stuttgart – Die im September geplante Ablösung von VW-Konzernchef Herbert Diess durch Porsche-Chef Oliver Blume ruft bei manchen Investoren und Branchenexperten Stirnrunzeln hervor. Dabei geht es etwa um die Frage, warum der künftig mit einer Beraterfunktion ausgestattete Diess gerade vor einem Jahr noch einmal vorzeitig einen neuen Vertrag erhielt. Im Juli 2021 stimmte der Aufsichtsrat der bis zum Oktober 2025 laufenden Weiterverpflichtung zu – obwohl es schon damals und zuvor von mehreren Seiten erhebliche Kritik an Diess' Führungs- und Kommunikationsstil gegeben hatte.

Volkswagen-Chef Herbert Diess wird im Herbst abgelöst. Er soll aber weiter als Berater für VW arbeiten. FOTO: C. KOALL, DPA

„Die Vertragsverlängerung aus dem letzten Jahr ist nicht nachvollziehbar“, sagte Ingo Speich von der Sparkassen-Fondstochter Deka. Die Demission von Diess sei „ein Abgang mit Ansage“, die Kontrolleure hätten weit früher Konsequenzen ziehen können. Diess selbst soll Druck für die Verlängerung gemacht haben. „Die Rechnung trägt jetzt wieder einmal der Aktionär“, meinte Speich. „Auch der neue Beratervertrag wirft mehr Fragen als Antworten auf.“

Allein für das Jahr 2021 erhielt Diess inklusive Rentenansprüchen mehr als zehn Millionen Euro. Einige Beobachter schätzen, der bisherige Konzernchef – obschon bald nicht mehr in dieser Position – könnte bis Herbst 2025 bis zu weiteren 30 Millionen Euro verdienen.

„Der goldene Handschlag ist Zeichen schlechter Unternehmensführung und hat bei VW leider Tradition“, kritisierte Janne Werning von Union Investment. Bereits mit Bernd Pischetsrieder in den 2000er Jahren oder 2016/2017 mit der Rechtsvorständin Christine Hohmann-Dennhardt seien hoch dotierte Fortzahlungen oder Abfindungen vereinbart worden. Ein anderer Analyst sagte, diese Praxis sei aus seiner Sicht eine „Sauerei“, zumal im Fall von Diess Gerüchte zur Kürzung Zehntausender Jobs kursiert hätten.

Die Schutzgemeinschaft der Kapitalanleger sprach von einem „Aufsichtsrat ohne Kompass, der in einem Jahr Hü, im anderen dann Hott“ sage. dpa

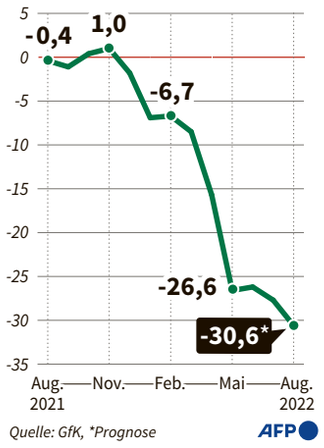
Konsumklima sinkt

Zweites Rekordtief in Folge

Nürnberg – Die Konsumflaute in Deutschland hat wegen der hohen Inflation und der Unsicherheiten in Folge des Ukraine-Kriegs einen neuen Höhepunkt erreicht. Das Allzeittief des vergangenen Monats sei nun noch einmal unterboten worden, teilte das Nürnberger Konsumforschungsunternehmen GfK auf Basis seiner jüngsten Umfrage gestern mit. „Seit Beginn der Erhebung der Verbraucherstimmung für Gesamtdeutschland im Jahr 1991 wurde kein schlechterer Wert gemessen“, teilte die GfK mit. Selbst in den Lockdown-Phasen der Corona-Pandemie war die Stimmung besser. Im ersten Corona-Lockdown fiel sie auf einen Tiefpunkt von etwa minus 24. „Zu den Sorgen um unterbrochene Lieferketten, den Ukraine-Krieg und stark steigende Energie- und Lebensmittelpreise kommen nun Befürchtungen um eine ausreichende Gasversorgung von Wirtschaft und privaten Haushalten im nächsten Winter“, sagte GfK-Konsumexperte Rolf Bürkl. dpa

Konsumklima

Index für Einkommenserwartung und Anschaffungsneigung der Verbraucher



Quelle: GfK, *Prognose AFP

IN KÜRZE

Keine Einigung für Hafenarbeiter

Im Tarifkonflikt für Hafenarbeiter haben die Gewerkschaft Verdi und die Hafenbetriebe gestern ihre achte Verhandlungsrunde wie erwartet ohne Einigung beendet. „Wir haben uns heute in den Verhandlungen ausgetauscht, um mögliche Annäherungen auszuloten“, sagte die Verhandlungsführerin der Gewerkschaft, Maya Schwiegershausen-Güth. Fast wortgleich äußerte sich die Verhandlungsführerin des Zentralverbandes der deutschen Seehafenbetriebe, Ulrike Riedel.

Credit Suisse wechselt nach Verlust den Chef

Die krisengeschüttelte Bank Credit Suisse tauscht nach einem weiteren Verlustquartal ihren Chef aus. An die Stelle Thomas Gottsteins tritt Anfang August der bisherige Chef der Asset-Management-Sparte, Ulrich Körner, wie das Institut am Mittwoch mitteilte. Gottstein war seit Februar 2020 im Amt.

Airbus kappt Auslieferziele

Der weltgrößte Flugzeugbauer Airbus bekommt wegen Verzögerungen bei wichtigen Zulieferern in diesem Jahr nicht so viele Jets fertig wie geplant. Statt 720 dürften nur etwa 700 Verkehrsflugzeuge den Weg zu den Kunden finden, teilte der Dax-Konzern bei der Vorlage seiner Zwischenbilanz am Mittwochabend in Toulouse mit. Zudem verzögert sich der Produktionsausbau bei den stark gefragten Mittelstreckenflugzeugen aus der Modellfamilie A320neo. Im zweiten Quartal wirkten sich die Verzögerungen bereits auf Umsatz und Gewinn aus. Weil Airbus weniger Flugzeuge auslieferte als ein Jahr zuvor, sank der Umsatz um zehn Prozent auf 12,8 Milliarden Euro. Der um Sondereffekte bereinigte operative Gewinn (bereinigtes Ebit) sackte um 31 Prozent auf knapp 1,4 Milliarden Euro ab,

Boeing meldet Gewinneinbruch

Der krisengeplagte US-Flugzeugbauer Boeing hat im zweiten Quartal schwarze Zahlen geschrieben, aber deutlich weniger verdient. Der Nettogewinn ging gegenüber dem Vorjahreswert um 72 Prozent auf 160 Millionen Dollar zurück, wie der Airbus-Rivale gestern mitteilte. Im Vorquartal hatte Boeing einen Verlust von 1,2 Milliarden Dollar verkraften müssen. Doch das Tagesgeschäft läuft nach wie vor mau: Der Umsatz sank in den drei Monaten bis Ende Juni im Jahresvergleich um zwei Prozent auf 16,7 Milliarden Dollar.

Ryanair: Weitere Streiks in Spanien

Das in Spanien bereits seit Ende Juni für bessere Arbeitsbedingungen streikende Kabinenpersonal der Billig-Airline Ryanair verlängert seine Ausstände um weitere fünf Monate. Man werde zwischen dem 8. August und dem 7. Januar 2023 allwöchentlich von Montag bis Donnerstag streiken, teilten die zuständigen spanischen Gewerkschaften USO und Sitcpla am Mittwoch mit.